

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Geschäftsleiter:
Erich Hilferding, Berlin.
Telefon: Amt 2204/4200/4200



Verleger für Verlag und Distribution:
Berlin 6261, Dole - Altkamp - Platz 8
Telefon: 6261/6261

Die Zeitung erscheint im Selbstverlag.
Der Inhalt ist nur auf Grund besonderer Zustimmung gegeben. Abnahme beträgt 4 Bogen
bei den Abonnenten, wenn nicht anders angegeben in den Anzeigen für jede Seite 8 Bogen.

Berlin, den 31. Jan. 1933.

Int. Institut
Soc. Geschichte
Amsterdam

Hitlers erste "Tat".

Vor dem Abbau des Reichsarbeitsministeriums.

SPD. Sie haben es eilig - die Herren des neuen Kurses. Sie haben es eilig, dem Volk ihr wahres Gesicht zu zeigen. Noch beglückwünscht in so mancher Strasse und auch aus mancher Proletarierwohnung die Hakenkreuzfahne Adolf Hitler zu seinem Erfolg. Er hat's erreicht. Er ist Kanzler. Freude-taumel. Nur die "feinen Leute" wollen von dem Trubel nichts wissen. Sie sind bereits bei der Demaskierung, und sie haben es dabei sehr eilig.

Man kann ihre Eile verstehen. Die Maske des Nationalsozialismus war ihnen schon lange unbequem. Nun ist's so weit: die schöne Maskerade ist überflüssig. Wozu also noch viel Zauber vor staunendem Volk? Der Nationalsozialist Arm in Arm mit dem Nationalkapitalisten - Hitler und Hugenberg fordern zusammen das Jahrhundert in die Schranken. Der Mann, der Deutschland erneuern wollte, der vor allem der Jugend ein neues Reich verhieß, Arm in Arm mit den Ewiggestrigen, mit den Götzendienern einer unter der Erde liegenden Zeit. Der braune Messias, der vom Bodensee bis an die Nordsee allen alles versprochen hat, der ganz besonders den Hungrigen Arbeit und Brot versprach, Arm in Arm mit dem schwarz-weiss-roten Zeitungskönig, mit der Schildwache des Kassenschanks der "feinen Leute"!

Wohin wird die Reise gehen? "Die Regierung", so sagen die Stahlhelmorgane, "wird eine Regierung des inneren Friedens und der Aussöhnung der Gegensätze sein müssen, die alle Widerstrebenden zum Dienst an Staat und Volk zurückführt und die gesammelte Kraft der ganzen Nation in den Dienst der äusseren Ziele stellt." Die "Versöhnung" beginnt mit einem Abbau der Sozialpolitik. Die aufbauwilligen Kräfte werden für den Abbau alles dessen eingespannt, was die Republik in den schweren Jahren der Nachkriegszeit unter unzähligen Mühen und Anstrengungen für den Arbeiter und Angestellten, für den Beamten, für den kleinen Bauern, - für den kleinen Mann schlechthin - kurzum für alle, die wissen, wo sie der Schuh drückt, wirtschafts- und sozialpolitisch aufgebaut hat. Der Abbau des sozialen Aufbaus der Republik beginnt mit der Zerstörung des Reichsarbeitsministeriums.

Am Dienstag hat sich der neue Reichsarbeitsminister, der Stahlhelmführer Seldte, seinem Ministerium vorgestellt. Es war eine eigenartige Vorstellung; denn Herr Seldte präsentierte sich als - Totengräber des Reichsarbeitsministeriums. Was hatte er in seinem Begrüßungswort mitzuteilen? Die erfreuliche Botschaft - erfreulich für alle Sozialreaktionäre - dass grosse Teile des Arbeitsgebietes, das bisher vom Arbeitsministerium betreut wurde, dem Reichswirtschaftsministerium angegliedert würde, so vor allem die Abteilung für Arbeitsrecht und Tarifwesen. Und wer regiert im Reichswirtschaftsministerium? Kein anderer als Hugenberg. Er, der Erzreaktionär, der Führer der Scharfma-cher, will allein über Lohn und Brot der Arbeiter verfügen.

Der neue Reichsarbeitsminister ist ein bescheidener Mann. Ihm genügen der Ausbau des Arbeitsdienstes und die Jugendertüchtigung. Aber Herr Seldte kommt ja vom Stahlhelm, und für den bestand von jeher die ganze Rettung Deutschlands nur in der Schaffung der Arbeitsdienstpflcht. In diesem einzigen Wort erschöpft sich das ganze Sozialprogramm der Stahlhelmer. Sie können sich die Zukunft Deutschlands nun einmal nicht anders als Kaserne vorstellen.

Die Sozialversicherung wollen die Herren des neuen Kurses gnädig ein-
weilen noch bestehen lassen, aber wohl nur dem Namen nach; denn der führende Mann der Sozialversicherung im Reichsarbeitsministerium, der bisherige Staatssekretär Dr. Grieser, bekam den Laufpass. Herr Seldte hat selbst und zwar sehr eilig seinen Austritt gewünscht. Was kann man aber von einem Minister, dessen erste Tat darin besteht, den langjährigen, getreuen Eckehard der Sozialversicherung förmlich aus dem Amt zu jagen, nun schon für die Sozialversicherung erwarten? Antwort: Nichts, weniger als nichts, jedenfalls nichts Gutes.

Die Situation ist für die Arbeiterschaft restlos klar. Für Hugenberg und seine Deutschnationalen war das "Gewerkschaftsministerium", wie sie das Reichsarbeitsministerium nannten und nennen, stets ein Dorn im Auge. Gegen etwas Fürsorge und etwas Versorgung, gegen ein paar Almosen für die Kriegsbeschädigten, Kleinrentner und Sozialrentner haben die "feinen Leute" gewiss nichts. Aber Arbeitsrecht und Tarifwesen - mit einem Wort: Einfluss der Arbeiter auf die Gestaltung ihrer Existenz - unmöglich, unerhört! So was gab es doch früher nicht! Der Arbeitgeber gibt Lohn und Brot, und der Arbeitnehmer hat, mit dem Hut in der Hand, "Danke schön" zu sagen. Wo soll die Welt hinkommen, wenn an diesen Grundfesten der sozialen Ordnung gerüttelt wird?

Schon wittern die Scharfmacher Morgenluft. Die Kündigung des Manteltarifs und der Lohnordnung des Ruhrbergbaus durch die Zechenherren spricht Bände. Die Millionen der Schwerindustrie sollen sich jetzt bezahlt machen. Hitler, das Werkzeug der Schlächterbarone und der Junker braucht sich natürlich hierfür nicht persönlich zu bemühen. Die Erfüllung der Wünsche der Scharfmacher - das wird Hugenberg besorgen.

Die Ruhrkönige rüsten zu einem Grossangriff, und bei diesem Vorstoss der Zechengewaltigen wird es nicht bleiben. Es werden noch viele sich melden, die sich einbilden, jetzt der Arbeiterschaft den Daumen ins Auge drücken zu können. Allein die Gewerkschaften und mit ihnen die politischen Arbeiterorganisationen sehen den neuen Gefahren mit Kaltblütigkeit und eiserner Kampfes-
schlossenheit entgegen. Die Arbeiterbewegung hat schon manchen Goliath kommen
- und fallen sehen. Sie wird das Hitlerkabinett bestimmt überleben; denn mit ihr kämpft das Rechtsgefühl des Volkes, mit ihr kämpft die Zeit.

Der grosse Kampf um die Befreiung der Arbeiter kann aufgehalten, aber nicht unmöglich gemacht werden. Fester als fest gebundene Helme, mit denen Herr Seldte, der neue Reichsarbeitsminister, den Arbeitern gedroht hat, ist die Festigkeit der Herzen, die für eine gute Sache, die für die Freiheit kämpfen.

SPD. Weimar, 31. Januar (Eig. Drahtb.)

In Apolda und Jena sind sozialdemokratische Versammlungen, die sich mit der politischen Lage und der Stellung der Sozialdemokratie zur Regierung Hitler Papen-Hugenberg beschäftigen sollten, verboten worden. Die Versammlungsverbot und Willkürmassnahmen sind das Ergebnis eines Erlasses der Thüringer Naziregierung, in der der Polizei jede Deckung zugesagt wird, falls sie Kund-
gebungen gegen die Hitler-Regierung verbietet.

SPD. Die Hitler-Regierung ist kein Produkt der Verständigung unter den Harzburgern. Sie ist ein Produkt der Angst und Verlegenheit, wie die Hugenberg-Presse am Dienstag-Abend ausführlich bestätigt. Sie schreibt :

"In den politischen Erörterungen spielen auch Gerüchte eine Rolle, die zuerst ihren Ausdruck in der englischen Presse, und zwar im "Daily Express", gefunden haben, die aber auch von Reuter verbreitet worden sind. Sie beziehen sich auf eine angebliche Putschabsicht gewisser politischer Kreise, wobei sogar der Name des früheren Reichskanzlers v. Schleicher genannt wird, dessen Beteiligung an diesen angeblichen Absichten aber zweifelhaft ist. Es ist auch nicht richtig, dass etwa in der Nacht vom Sonntag zum Montag, wie in der englischen Presse behauptet wird, die Potsdamer Garnison "bereit gewesen wäre", sich an der Errichtung einer Militärdiktatur in Berlin, etwa sogar gegen den Willen des Reichspräsidenten, zu beteiligen. In der Wilhelmstrasse wird zu diesen Putschgerüchten erklärt, dass alle beteiligten Stellen bis zum Reichspräsidenten von diesen Dingen nichts wussten.

Dieses Dementi bezieht sich offenbar auf die amtliche Kenntnissnahme der beteiligten Persönlichkeiten von dem Gerücht.

Tatsächlich haben gewisse Zwischenträger, die bei früheren vergeblichen Versuchen einer Kabinettsbildung eine nicht gerade rühmliche Rolle gespielt haben, unter irgendwelchen wirren Vorstellungen im Laufe der Nacht vom Sonntag zum Montag Ansichten verbreitet, als ob man etwa eine Militärdiktatur errichten und dafür auch die Persönlichkeit des Generals v. Schleicher einstellen könne. Diese Zwischenträger haben sich bemüht, bei einigen Stellen für ihre Idee Boden zu gewinnen.

Das hat dazu geführt, dass einige an der Kabinettsbildung beteiligte Persönlichkeiten um so eher die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der nationalen Bewegung und der Zusammenarbeit der nationalen Bewegung mit dem Reichspräsidenten erkannten.

Die Verhandlungen über gewisse grundsätzliche Fragen, die noch schwebten, wurden abgekürzt, so dass die Bildung des Kabinetts am Montagmittag vollzogen werden konnte."

Soweit die Hugenbergpresse! Sie verschweigt, dass Hitler am Sonntag-Abend bereits einen Absage-Brief an Papen geschrieben hatte, dass Papen, als ihm die Gegenaktion militärischer Kreise, die mit seiner Verhaftung beginnen sollte, bekannt geworden war, den Reichspräsidenten dringend um eine Unterredung in Gegenwart von Hitler und Hugenberg ersuchte und dann eine nächtliche Besprechung bei Hindenburg stattgefunden hat, in der der Grund zu der überraschenden Neubildung der Regierung gelegt wurde. Es war nicht sachliche Uebereinstimmung, es war die Angst vor anderen Kräften, die bei der Geburt der Hitler-Regierung Taufpate gestanden hat. Aber es passt zu Herrn Hitler und seiner Bewegung, dass er am Montag tat, was er noch am Sonntag-Abend für unmöglich hielt.

SPD. Dem Staatssekretär im Reichsarbeitsministerium Grieser wurde am Dienstag durch den bisherigen Arbeitsminister Syrup mitgeteilt, dass der neue Minister, Stahlhelm-Seldte, seinen Rücktritt wünsche. Darauf hat Grieser folgendes Entlassungsgesuch eingereicht:

"Herr Minister! Sie haben mir durch Herrn Syrup sagen lassen, dass Sie meinen Rücktritt wünschen. Da hiernach meine Dienste in der Sozialpolitik von der neuen Regierung nicht mehr gewünscht werden, bitte ich hiermit um meine Entlassung."

Seldte hat dieses Entlassungsgesuch sofort verlangt. Er wünschte es am Dienstag "solange er noch im Reichsarbeitsministerium weilte." So springt die Hitler-Regierung mit einem verdienten Beamten um. Sie hat nicht einmal das Bedürfnis, die gewöhnlichen Anstandspflichten zu wahren.

SPD. Breslau, 31. Januar (Eig. Drahtb.)

In Breslau wurden am Dienstag-Mittag bei Zusammenstößen eine Person getötet und sechs Personen schwer verletzt.

Der erste Zusammenstoß ereignete sich gegen 12 Uhr mittags während eines nationalsozialistischen Umzugs in der Gartenstrasse. Es kam zu einem Handgemenge mit Kommunisten. Ein SA-Mann erhielt einen Stich in die Brust; er musste ins Krankenhaus geschafft werden. Ferner trug ein Nationalsozialist Stichverletzungen am Kopf davon. Drei Angehörige der KPD wurden festgenommen.

Einige Zeit später erfolgte ein zweiter, weit folgenschwererer Zusammenstoß in der Bittnerstrasse, im proletarischen Westen Breslaus. Ein Überwiegend aus Kommunisten zusammengesetzter Erwerbslosen-Demonstrationszug, dessen Teilnehmer Sprechchöre gegen Hitler und angeblich verbotene Lieder sangen, wurde von der Polizei aufgelöst. Während die Massen vor den rücksichtslos mit dem Gummiknüppel vorgehenden Polizeibeamten flüchteten, schlugen einige kommunistische Demonstranten die Schaufensterscheiben eines SA-Kaufladens ein und rissen die im Laden befindlichen Auslagen auf die Strasse. Daraufhin machten die Beamten von der Schusswaffe Gebrauch. Vier Demonstranten wurden getroffen und mussten mit schweren Verletzungen ins Hospital überführt werden. Ausserdem wurde ein völlig unbeteiligter Mann, der 54jährige Steinsetzer Max Wasner, der mit der Sozialdemokratischen Partei sympathisierte, erschossen.

SPD. Der Hauptausschuss des Preussischen Landtags beschloss am Dienstag, gemäss einem sozialdemokratischen Antrag, den nationalsozialistischen Senatspräsidenten des Oberverwaltungsgerichtes Grützner auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen. Sollte Grützner für zurechnungsfähig erklärt werden, so soll er unter Anklage wegen falscher Anschuldigungen gestellt bzw. von seinem Posten entfernt werden.

Grützner hat einen Kammergerichtsrat Fränkel ohne jeden positiven Grund der Rechtsbeugung in einer zivilen Streitsache bezichtigt, später aber diesen Vorwurf de- und wehmütig zurückgenommen, jedoch unmittelbar darauf gegen Fränkel Strafanzeige wegen Rechtsbeugung erstattet. Die Staatsanwaltschaft hat ein Verfahren gegen Fränkel abgelehnt.

SPD. Breslau, 31. Januar (Eig. Drahtb.)

In Rosenhain Kreis Ohlau wurde der sozialdemokratische Arbeiter Karl Ziebolz verhaftet. Er soll an dem Ohlauer Blutsonntag vom 10. Juli 1932 den SA-Mann Konietzki erstochen haben.

Die Festnahme von Ziebolz hat unter der Ohlauer Arbeiterschaft starke Erregung hervorgerufen, zumal er an dem fraglichen Sonntag gar nicht in Ohlau gewesen sein soll. Ziebolz ist in das Brieger Gerichtsgefängnis eingeliefert worden.

Die Mörder des von SA-Leuten erschossenen Breslauer Jungarbeiters Hanisch bleiben in Freiheit. Alle Instanzen, bis zum Strafsenat des Oberlandesgerichts, haben die Beschwerde des Staatsanwaltes wegen der Haftentlassung abgelehnt.

SPD. Der nationalsozialistische Reichsminister des Innern Dr. Frick versicherte am Dienstag vor dem Reichsrat, dass er "vertrauensvoll mit den Ländern zusammenarbeiten" wolle. Hitler werde sich dem Reichsrat am Donnerstag vorstellen.

SPD. Die grösste Sorge der Regierung Hitler-Hugenberg-Papen gilt den ausländischen Kapitalisten, die ihre in Deutschland angelegten Gelder durch die neue Herrschaft bedroht glauben. Um sie bei guter Laune zu erhalten, hat Herr Dr. Frick nicht nur am Montag vor den Vertretern der ausländischen Presse sondern auch am Dienstag nochmals versichert, dass die Regierung Experimente währungs politischer Art nicht beabsichtige. Zum gleichen Zweck wird auch versichert, dass ein Wechsel in der Leitung der Reichsbank "im Augenblick" nicht aktuell sei.

Aber diese offiziöse Darstellung kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass hinter den Kulissen ein scharfer Kampf entbrannt ist, der die tiefen Gegensätze in der neuen Regierung auf einem der wichtigsten Gebiete erkennen lässt. Luthers Gegner sind zahlreich. Sie sitzen im Kreise der grosskapitalistischen Schuldner, die sich auf billige Weise durch eine neue Inflation von leichtsinnig eingegangenen Verpflichtungen drücken wollen. Bezeichnend für die Schärfe der Attacke gegen Luther ist ein Artikel der Berliner "Deutschen Zeitung". In ihm wird Luther als "der Mann des hoffentlich überwundenen November-Deutschland" bezeichnet, dem vor allem zur Last gelegt wird, dass er das "Gespenst der Inflation an die Wand gemalt" habe. Bei der Einleitung der "nationalen Wirtschaftspolitik" sei Luther nicht zu gebrauchen, denn:

"Luther ist ein Mann der Goldwährung und der internationalen Währungsverbundenheit. Er ist der Mann, der vornehmlich in der Ausfuhr die Rettung der deutschen Wirtschaft sucht. Er ist der Mann ewiger Verhandlungen, der sich vor Taten scheut. Er ist der Exponent der international ausgerichteten Wirtschaftspolitik."

Deshalb verlangt die "Deutsche Zeitung": Fort mit Luther! Fort mit Luther! das ist die verschämte Ausdrucksweise für die Forderungen: Her mit der Inflation! Her mit der Liebesgabenpolitik für Grossagrarien! Her mit der Absperrung vom Ausland, der Preissteigerung und der Ausbeutung der Verbraucher!

Kein Zweifel, dass die "Deutsche Zeitung" die wahre Absicht der für die Regierungspolitik massgebenden grosskapitalistischen Kräfte darstellt. Der Sturm auf die Reichsbank hat begonnen. Auch sie soll lediglich willenloses Werkzeug grosskapitalistischer Interessen sein.

SPD. Breslau, 31. Januar (Eig. Drahtb.)

Die reaktionären Studentenverbände, die nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler anscheinend neuen Mut zum Radaumachen gefasst haben, veranstalteten am Dienstag auf dem Universitätsplan in Breslau eine Demonstration.

Einige Hakenkreuzstudenten versuchten an einem Portal des Universitätsgebäudes die Hakenkreuzflagge anzubringen. Die Fahne wurde jedoch sofort wieder entfernt. Am Fechterbrunnen vor der Universität wurden mehrere Ansprachen gehalten, in denen sich die Führer der Hakenkreuzstudenten in unerhörten Ausfällen ergingen. Eine Abordnung der randalierenden Studenten trug dem Rektor die Forderungen der Naziverbände vor. Die Hakenkreuzler verlangten sofortige Unterbrechung der Lehrtätigkeit von Professor Dr. Cohn bis zur endgültigen Entscheidung durch den neuen preussischen Kultusminister, ausserdem wurde Zurückziehung der Kriminalbeamten aus dem Universitätsgebäude und Rückgängigmachung der kürzlich vom Disziplinargericht ausgesprochenen Relegation eines Nazistudenten gefordert.

Die Verhandlungen mit dem Rektor brachten nicht das von den hakenkreuzlerischen Radau-Studenten erhoffte Ergebnis. Der Rektor sagte lediglich die Entfernung der Polizeibeamten aus der Universität zu und verwies die Nazideputation wegen der Forderung auf Unterbrechung der Vorlesungen Cohns an die juristische Fakultät. Die Aufhebung der Relegation könne nur auf Grund eines Gnadengesuches erfolgen, das der verurteilte Student einreichen müsse. Eine Rücknahme des Urteils sei juristisch nicht haltbar.

SPD. Der Bundesvorstand des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen, der sich am Dienstag mit der Lage der Kriegsofferversorgung beschäftigte, wiederholt auch gegenüber der Regierung Hitler-Papen seine Forderung auf Beseitigung aller Notverordnungsmassnahmen, durch die die Lage der Kriegsofferverbeschlechtert worden ist.

In einer Entschliessung, die Hitler telegraphisch übermittelt wurde, heisst es: "Die alten Frontsoldaten und ihre Hinterbliebenen erwarten, dass nach den Versprechungen des Reichskanzlers Hitler die erforderlichen Massnahmen umgehend getroffen werden und die unerträgliche Not der Kriegsofferverbeseitigt wird. Der Reichsbund fordert die Erhaltung und den Ausbau des bewährten Mitbestimmungsrechts der Kriegsofferver in der Durchführung der Versorgung, Fürsorge und Rechtsprechung. Gegen die Absicht, die Versorgungsverwaltung dem Reichswehrministerium zu unterstellen, wird der nachdrücklichste Protest erhoben."

SPD. Köln, 31. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Kölner Auswanderungs-Beratungsstelle teilt mit, dass 600 Bergleute von Rhein und Ruhr aus Nowo-Sibirsk (Russland) mit bitterer Enttäuschung zurückgekehrt sind. Sie bekamen durchweg einen viel niedrigeren Lohn als in Aussicht gestellt worden war. Die Beköstigung und das Unterkommen waren ebenfalls ungenügend.

SPD. Die Sozialdemokratie und mit ihr die Eiserne Front sind für alle Eventualitäten gerüstet, die durch das Regime Hitler-Papen-Hugenberg eintreten können. Das war der entscheidende Eindruck einer zwar kurzen, aber von Kampfbeschlossenheit getragenen Sitzung des Parteiausschusses der Sozialdemokratie, die in Gemeinschaft mit dem Partei Vorstand und der Reichstagsfraktion am Dienstag im Reichstagsgebäude stattfand. An der Sitzung nahmen auch die massgebenden Vertreter der Reichskampfleitung der Eisernen Front teil.

Das einleitende Referat hielt der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Breitscheid. Nach einer Schilderung der Ursachen des Sturzes von Schleicher und der Gründe für die Entstehung des neuen Kabinetts erörterte Breitscheid die sich aus der jetzigen Lage für die sozialistische Arbeiterklasse ergebenden Aufgaben. Die Anhänger Hitlers jubelten darüber, weil ihr Führer scheinbar sein Ziel erreicht hat. Es könne sein, dass dieser Jubel bald in Katzenjammer umschlage, wenn die nationalsozialistische Gefolgschaft sehe, dass Hitlers "Sieg" mit vollkommener Abhängigkeit von den Vertretern des Grosskapitals und der Junker erkaufte worden sei. Trotzdem dürfe die Arbeiterschaft nicht darauf vertrauen, dass, wie eine reaktionäre Zeitung geschrieben habe, den Anhängern Hitlers bald die Augen übergehen würden. Sie müsse den Aufklärungsprozess fördern und stündlich bereit sein, den Abwehrkampf gegen alle reaktionären Bestrebungen mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zu führen. Die Opposition gegen das neue Kabinett sei, wie der bereits eingebrachte Misstrauensantrag zeige, für die sozialdemokratische Reichstagsfraktion eine Selbstverständlichkeit.

Auf die Frage, was die Sozialdemokratie darüber hinaus tue, welche Abkommen sie einleiten wolle und zu welchem Ziele sie führen sollen, habe der Auf-ruf des Partei Vorstandes und der Reichstagsfraktion bereits die Antwort gegeben. Die Sozialdemokratie lasse sich die Taktik nicht von dem Gegner vorschreiben. Sie bestimme selbst, wann und wie sie ihre Kräfte einsetze. Alle hätten den Wunsch, in diesem Kampf in einem guten Verhältnis zu den kommunistischen Arbeitern zu stehen.

Ueber die Aussichten und die Zukunft des Kampfes der Sozialdemokratie sagte Breitscheid: Wir sind nunmehr in eine Phase des Klassenkampfes von oben in seiner reinsten Form eingetreten. Die Reaktion hat ihre letzte Karte ausgespielt, die Söldnerscharen des Faschismus eingesetzt. Wenn sie nicht sticht, und sie wird nicht stechen, dann ist die Stunde gekommen, in der die Arbeiterschaft das entscheidende Wort spricht. Nur sie kann dann das Volk retten. Für diese Entscheidungsstunde gilt es alle Kräfte zu sammeln, um sie geschlossen einzusetzen.

Die Vertreter der Gewerkschaften, der Arbeiter und Angestellten, Grassmann und Stähr, erklärten sich ausdrücklich solidarisch mit allen Massnahmen, die zu ergreifen wären: "Wenn ihr ruft, sind wir da!" Das war auch das Gelöbnis, das Wildung für die Sportorganisationen und Höltermann für das Reichsbanner ablegte.

Begeisternde Schlussworte der Parteivorsitzenden Vogel und Crispien beschlossen die Sitzung. Ihr Verlauf gibt Gewähr dafür, dass die Arbeiterklasse ganz Deutschlands die Gefahren der neuen Situation erkennt, alles einsetzt, um sie abzuwehren, um den Sieg an die Fahne des Sozialismus zu heften.

SPD. Paris, 31. Januar (Eig. Drahtb.)

Das Kabinett Daladier mit Boncour als Aussenminister, Chautemps als Innenminister und Bohnet als Finanzminister, ist am Dienstag-Nachmittag vom Präsidenten der Republik bestätigt worden.

In letzter Stunde mussten in der bereits übermittelten Ministerliste noch einige Änderungen vorgenommen werden. Der für das Justizministerium ausersehene Senator Regnier hat dieses Amt abgelehnt; an seine Stelle tritt der radikale Senator Penancier. Der bisherige Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Cot, der dieses Amt beibehalten sollte, ist zum Luftminister ernannt worden, da Painlevé infolge seiner Krankheit auf die Fortführung dieses Amtes verzichten zu müssen glaubte. Arbeitsminister wurde der bisherige Vorsitzende der radikalen Fraktion Francois Albert. Die unmittelbare Folge dieser Ernennung wird die Wiederwahl Herriots zum Fraktionsvorsitzenden sein.

Das neue Kabinett wird sich am Freitag dem Parlament vorstellen, Ihm wird keine lange Lebensdauer beschieden sein. Stimmen die Sozialisten gegen die Regierung, was von deren Programmerkklärung abhängt, so wird es bereits am Freitag gestürzt werden.

SPD. Im Hauptausschuss des Preussischen Landtages wurde am Dienstag ein Antrag angenommen, durch den die Kommissarische Regierung aufgefordert wird, den Zwickel-Erlass des inzwischen abgetretenen Herrn Bracht für Männer in Familienbädern aufzuheben.

SPD. Breslau, 31. Januar (Eig. Drahtb.)

Der Breslauer Polizeipräsident hat ab sofort alle Versammlungen und Umzüge der Kommunistischen Partei, ihrer Nebenorganisationen, sowie der unter kommunistischer Führung stehenden Erwerbslosenausschüsse, bis auf weiteres verboten. Die Beamten der Polizei haben Anweisung, gegen jede Ueberschreitung dieses Verbotes mit allen polizeilichen Mitteln einzuschreiten.

In der Begründung des Verbotes wird auf die Staatsfeindlichkeit der KPD und darauf hingewiesen, dass durch die Veranstaltungen der Kommunistischen Partei in letzter Zeit in Breslau wiederholt die öffentliche Sicherheit gestört worden sei.

SPD. Kopenhagen, 31. Januar (Eig. Dr.)

Die von dem Sozialdemokraten Stanning geführte Regierung hat einen grossen Erfolg errungen. Es ist ihr gelungen, das Parlament zu einem einjährigen Arbeits- und Wirtschaftsfrieden zu gewinnen und das Land vor einem Wirtschaftskrieg zu bewahren.

Die Unternehmer hatten für den 1. Februar eine allgemeine Aussperrung angekündigt, um eine 20%ige Lohnherabsetzung zu erreichen. Die Gewerkschaft und Arbeitnehmer drohten mit dem Generalstreik. Durch das am Dienstag vom Parlament verabschiedete Krisengesetz bleiben Löhne und Tarife für ein Jahr gesichert. Zugleich wird die Valuta zur Sicherung des Lebensstandards der Arbeitnehmer auf einen Sterlingkurs von 22.50 Schilling (Kronenwert 56,0) stabilisiert. Gegen das Gesetz stimmten nur die Konservativen und Kommunisten.

Die Krisengesetze zugunsten der Arbeiterschaft und der Kleinbauern sollen mit grösster Beschleunigung durchgeführt werden. Sie sehen eine Zinssenkung vor, ferner ein Moratorium und die Regulierung der Inlandspreise für Butter, Eier, Rind- und Schweinefleisch. Die Arbeitslosen erhalten zum Ausgleich ausreichende Sozialunterstützung. Ferner ist ein systematischer Ausbau der Sozialgesetzgebung in Aussicht genommen.

SPD. Hitler hatte am Dienstag eine zweieinhalbstündige Besprechung mit dem Zentrumsführer Kaas. Die Unterredung hatte vor allem den Zweck, die Unterstützung des Zentrums für die Hitler-Regierung im Reichstag zu gewinnen.

Der Zentrumsführer richtete im Verlauf der Besprechung zahlreiche Fragen an Hitler, auf die der "Führer" präzise Antworten nicht zu geben wusste. Die Unterredung endete damit, dass Kaas sich bereit erklärte, die von ihm gestellten Fragen schriftlich zu übermitteln und Hitler eine schriftliche Antwort in Aussicht stellte. Am Nachmittag übermittelte dann der Vorstand der Zentrums-Fraktion das von Kaas zugesagte Schreiben. Anschliessend befasste sich die Zentrums-Fraktion in einer kurzen Aussprache mit der politischen Lage und dem geplanten Abbau des Reichsarbeitsministeriums. Beschlüsse wurden nicht gefasst. Das Zentrum wird seine Haltung gegenüber der Hitler-Regierung erst nach der Abgabe der Regierungserklärung festlegen.

Die vom Zentrum an Hitler gerichteten Fragen betreffen in erster Linie die Stellungnahme der Nazi-Regierung zur Verfassung und zum Reichstag. Ferner werden Fragen gestellt wegen der Gestaltung der Dinge in Preussen, der Umgestaltung des Reichsarbeitsministeriums, der Sozialpolitik usw.

SPD. Breslau, 31. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Pressestelle des Polizeipräsidiums teilt über die blutigen Zusammenstösse am Dienstag mit, dass von der Polizei lediglich Schreckschüsse abgegeben worden seien. Die Schüsse, durch die eine Person getötet und vier Personen verletzt wurden, seien während der polizeilichen Säuberungsaktion von Kommunisten hinter dem Rücken der vorgehenden Polizeibeamten abgefeuert worden.

Die amtliche Mitteilung der Polizeipressestelle ladet die Schuld an den Vorfällen eindeutig auf die demonstrierenden Arbeiter. Das steht im Widerspruch zu den Aussagen zahlreicher Augenzeugen.

SPD. Stettin, 31. Januar (Eig. Drahtb.)

Am Dienstag begann vor dem Stettiner Schwurgericht der Prozess gegen die vier der SA angehörenden Raubmörder, die am letzten Tage des vergangenen Jahres den deutschnationalen Rittergutspächter Steinicke auf dem Gute Streithof im Kreise Randow bei Stettin erschossen und ausgeplündert haben. Die Verbrecher haben einige Monate zuvor, angestiftet von SA-Führern, die Pykrinbor auf das Verlagsgebäude des sozialdemokratischen "Volksboten" in Stettin geschleudert.

Angeklagt sind der 36jährige Hermann Köhler, der 33jährige Dreher Gustav Duchateau, der 29 Jahre alte Schlosser Friedrich Brauns und der 27jährige Johannes Schulze, sämtlich aus Stettin. Mitangeklagt ist die Frau des Hauptangeklagten Köhler. Die Anklage lautet auf Raubmord und wird vom Oberstaatsanwalt Trost-Stettin vertreten.

Zunächst wurde der Angeklagte Gustav Duchateau verhört. Vors.: "Waren Sie politisch organisiert?" Angeklagter: "Ja, in der NSDAP." Vors.: "Wo lernten Sie den Hauptangeklagten Köhler kennen?" Angeklagter: "In der SA." Vors.: "Mit Köhler zusammen waren Sie dann auch an dem Bombenattentat auf den sozialdemokratischen 'Volksboten' beteiligt?" Angeklagter: "Ja!" Vors.: "Das Attentat war im August. Was taten Sie hinterher?" Angeklagter: "Ich wurde von der Nationalsozialistischen Partei zunächst in ein Bad und dann nach Dessau geschickt. Später kam ich nach Stettin zurück. Eines Tages im Dezember sagte Köhler zu mir, er wisse eine Stelle, wo Geld zu holen sei. Da gehe einer mit einer Kasse über den Hof und wir brauchten weiter nichts zu tun, als ihn mit dem Gummiknüppel über den Kopf oder Arm zu schlagen und ihm das Geld abzunehmen." Vor.: "Und was sagten Sie darauf?" Angeklagter: "Ich sagte, wenns weiter nichts ist, dann mache ich mit. Auch Brauns sollte mitmachen, wie Köhler mir sagte." Vor.: "Woher kennen Sie Brauns?" Angeklagter: "Den lernte ich beim Attentat auf den Volksboten kennen. Am 17. Dezember wollten wir erstmalig den Versuch zu einem Ueberfall auf Streithof machen. Am 16. Dezember sprachen wir den Plan genau durch. Dabei sagte Köhler zu mir: Nimm einen Revolver mit, damit wir eventuell einen Schreckschuss abgeben können."

Die Angeklagten sind dann am 17. Dezember auf Fahrrädern nach Streithof gefahren. Sie kamen aber nicht zur Ausführung der Tat, weil der Gutspächter Steinicke bereits die Arbeiter entlohnt hatte. Sie haben dann verabredet, am letzten Tag im Jahr nochmals nach Streithof zu fahren. Sie haben sich zu diesem Zweck eine Autodroschke gemietet, mit der sie bis kurz vor das Dorf fuhren. Dort blieb das Auto zurück. Köhler, Brauns und Duchateau sind dann ins Dorf gegangen. Beim Betreten des Gutshauses, in dem Steinicke die Löhne auszahlte, entschulten sie die mitgenommenen Revolver. Dann gingen Duchateau und Brauns in den Raum. Beide riefen: "Hände hoch!" Duchateau feuerte sofort einen Schreckschuss in den Fussboden ab. Brauns schoss auf Steinicke, der sich erheben wollte und sofort getroffen zu Boden sank. Brauns stürzte darauf zu dem Tisch und riss die Geldkassette an sich. Beide ergriffen dann gemeinsam mit Köhler, der während der Tat vor der Tür gestanden hatte, die Flucht. Unterwegs schütteten sie das Geld in eine Aktentasche. Dann rannten sie zurück zu ihrem Auto und fuhren nach Stettin. Hier wurde die Beute - insgesamt 65 Mark - geteilt.

Der Gutspächter Steinicke ist alsbald nach der Tat im Krankenhaus gestorben. Die Angeklagten gingen nach der Aufteilung der Beute seelenruhig ihre Vergnügen nach. Sie feierten in einer SA-Kneipe bis spät in die Nacht Sylvesters.

Köhler, Brauns und Duchateau sind erheblich vorbestraft, Köhler wegen Einbruchdiebstahls mit einer einjährigen Zuchthausstrafe.

Glossen

ERSCHEINT NACHBEDARF

Republikanische Minister.

Hugenberg

SPD. Wenn man sich das Kabinett Hitler-Papen-Hugenberg genauer besieht, kommt man zu einigen absonderlichen Feststellungen. Haben Sie schon daran gepocht, dass in diesem Kabinett Hugenberg republikanischer Minister, wirklich und wahrhaftig Minister der Republik von Weimar geworden ist? Dieser alte Monarchist, der jeden aus seiner Partei hinausgeekelt hat, der nicht getreulich auf seine Majestät schwören wollte? Aber wir müssen diese republikanische Ministerschaft noch etwas illustrieren! Es ist noch nicht so lange her, da schrieb der "Westdeutsche Beobachter" (No. 276. 8. Dezember 1932) unter der Überschrift "Einst spielt' ich mit Szepter und Krone und Schweif" das folgende:

"Seit Wochen steht die deutsche Innenpolitik im Zeichen des schwindenden Einflusses der deutschnationalen Reaktion. Nachdem ihr Matador, der unsterbliche Franz von Papen, der Gedanken der autoritären Staatsführung bis zur Lächerlichkeit und Unkenntlichkeit verstümmelt hat, kommt der alte Geheimrat Hugenberg nicht wieder zu Stuhl... Im Falle des Ablebens des Reichspräsidenten wäre der Reichskanzler von Papen automatisch Inhaber der Gewalt des Artikels 48 geworden. Damit wäre die Bahn für ihre Hochverrats- und Staatsstreichpläne freigelegt. Sie hatten auch schon einen würdigen Kandidaten für das Stellvertreteramt des Reichspräsidenten. Kronprinz Wilhelm aus Oels sollte sich "schweren Herzens" bereits entschlossen haben, die Bürde dieses Amtes zu tragen. Dann wäre es ja bis zur Wiederherstellung des Hohenzollernkaiser-tums kein weiter Weg mehr gewesen. Heil-dir-im-Siegerkranz-Stimmung hätte sich über Deutschland gelegt, dann hätte es Arbeit und Brot geregnet, und alles wäre in schönster Butter gewesen."

Die Heil-Dir-im-Siegerkranz-Stimmung zaubern nun Hitler und Hugenberg gemeinsam; man konnte sie am Montag in Berlin beobachten. Das Kabinett, in dem sich der Geheimrat, der nicht zu Stuhle kommen konnte, mit dem Matador Papen und Adolf Hitler vereinigt hat, entbehrt nur noch der Dekoration durch den Herrn von Oels. Was aber den Umstand anbelangt, dass die Nationalsozialisten Papen und Hugenberg bisher Hochverrats- und Staatsstreichpläne zugunsten des Hohenzollernkaisertums vorgeworfen haben, so bemerken wir dazu nur eins: Ebenso wie Adolf Hitler hat am 30. Januar 1933 Herr Hugenberg den Eid auf die republikanische Verfassung von Weimar geleistet!

Seldte

Am 29. Januar 1933 schrieb das Organ des Herrn Selterswasserfabrikanten Seldte, "Der Stahlhelm":

"Äxte, Schaufeln und Harken her, die Aufräumung des Schuttlauferns von Weimar ist der schönste politische Arbeitsdienst der Nation."

Einen Tag später, am 30. Januar 1933, wurde derselbe Herr Seldte obgleich ein Unternehmer, zum Reichsarbeitsminister in der Deutschen Republik ernannt. Am gleichen Tage hat dieser selbe Herr Seldte den Eid auf die republikanische Verfassung von Weimar geleistet. Die Worte des "Stahlhelm" vom 29. Januar und der Eid des Herrn Seldte vom 30. Januar sind zwei Tatsachen!

Papen

Auf der Reichsgründungsfeier des Magdeburger Stahlhelm sprach der Herr von Papen:

"So sicher es ist, dass das deutsche Volk in seiner breitesten Masse lebendigen Anteil an der Verwaltung seines Reiches, seiner Länder und Kommunen haben muss, so unbestritten ist es, dass die Regierung selbst völlig unabhängig von dieser Volksvertretung ihre Pflicht vor Gott und dem Lande zu erfüllen hat."

Nach der republikanischen Verfassung von Weimar hängt die Reichsregierung vom Parlament ab. Sie bedarf seines Vertrauens zu ihrer Amtsführung. Herr von Papen hat in seiner Rede vor dem Stahlhelm diese wichtigste Bestimmung der Weimarer Verfassung mit einer Handbewegung beiseite geschoben.

Herr von Papen hat am 30. Januar nicht wie die Herren Hitler, Seldte, Frick, Göring den Eid auf die republikanische Verfassung von Weimar geschworen. Er hatte ihn schon vorher geleistet!

Dokument der Gegenrevolution.

Am Tage vor der Ernennung des Kabinetts Hitler-Papen hielt der "Hof- und Domprediger" Dr. Doehring eine Predigt, die es verdient, als Segen für das Kabinett Hitler-Papen festgehalten zu werden. Es heisst darin:

"Man mache sich doch klar: Es ist in unserem Vaterland trotz der furchtbaren Lage, in die es das Verbrechen der Revolution gestürzt hat, durchaus nicht nötig, dass auch nur ein einziger hungert oder friert. Die notwendigsten Lebensmittel und Heizmaterialien sind da. Wenn ich nun aber frage: Warum werden sie nicht ihren Zwecken zugeführt?, so werden die Demagogen auf der Gasse und im Parlament nach ihrer satissam bekannten Manier ihre blutrünstigen Phrasen gegen die Agrarier und gegen die Schlotbarone loslassen. Nur gemacht, Ihr giftschäumenden Hetzredner, wenn einer die heilige Schuldigkeit der Liebe in unserem Volk ausser Kurs gesetzt und zwar mit satanischer Bewusstheit und Absicht ausser Kurs gesetzt hat und ausser Kurs zu halten fortfährt, dann seid Ihr es mit Euerm gottlosen Klassenhass."

Das ist ein echtes Dokument der Gegenrevolution der Scharfmacher und Osthilfenehmer! Sie lieben das Volk so sehr, dass sie ihm gern alles schenken möchten. Aber die satanischen roten Klassenhetzer zwingen sie, Getreide und Kartoffeln und Holz und Kohle für sich zu behalten. Ja, sie gehen sogar so weit, dass sie den mit heisser Liebe erfüllten Agrariern, die gern ihr Letztes verschenken möchten, auch noch die zu Millionen aufgesammelten Groschen der Armen in Gestalt von Osthilfegeldern mit Gewalt aufzwingen!

Deshalb fährt der Herr "Hof- und Domprediger" auch fort:

"Es gibt nur noch einen Ausweg: Die gottlose Gesetzesmacherei muss aufhören und die Geschicke unseres Volkes müssen in die Hände von Männern gelegt werden, deren Struktur genau die gegenteilige ist wie die der Revolutionsverbrecher und ihrer Mittäter und Nachläufer."

In diesem Zeichen hat die Regierung Hitler-Papen ihr Amt angetreten. Nun werden wir sehen, wie die Agrarier waggonweise Lebensmittel für die Notleidenden in die Städte schicken, wie die Schlotbarone ihre Halden voll Kohle an die Frierenden verschenken werden, und wie alle Not ein Ende hat! Wers nicht glaubt, lässt sich sein Teil von Doehring schenken!

Harzburger Perspektiven.

Die Herren, die jetzt in der Regierung Hitler-Papen zusammensitzen, haben sich noch vor wenigen Tagen angegeifert. Was werden sie tun, wenn der unausweichliche Krach zwischen ihnen kommen wird? Hitler hat in seiner Bürgerkriegsarmee angeordnet, dass künftig bei Ehrenhändeln mit SS-Führern der Zweikampf mit Säbel oder Pistole obligatorisch eingeführt werde. Bei soviel Duellwut machen wir uns ernste Sorgen um die Harzburger Regierung!

Aus aller Welt

John Galsworthy +.

Das Leben eines moralischen Dichters.

SPD. Der Träger des literarischen Nobel-Preises für 1932, der englische Dichter John Galsworthy, ist, 65 Jahre alt, am Dienstag-Morgen in London gestorben. Eine Lungenentzündung löschte sein arbeitsreiches und erfolgreiches Dasein aus. Nicht nur England trauert um diesen höchst geistigen Künstler, dessen Werk zur Erkenntnis der Welt, die er mit einem begnadeten Talent schilderte, so viel beitrug. Europa verlor einen seiner besten Köpfe.

"Judge" Galsworthy, Richter Galsworthy, war der Ehrenname, mit dem der Schriftsteller, Sohn eines begüterten Londoner Rechtsanwalts, von seinen ungezählten englischen Lesern gekrönt worden war. Galsworthy lehnte sonst jeden Ehrentitel, selbst die ihm zugedachte Erhebung in den Adelsstand, mit unfeierlicher Würde ab - er wollte wirken, nicht glänzen; aber diese Auszeichnung, mit der ihn hier die anonyme Leserschaft beschenkt hatte, empfand er als Glück und hohen Preis: denn als Richter und Kritiker wollte er gelesen, gewertet und - befolgt sein. Galsworthy war im weitesten und schönsten Sinne des Wortes der typische englische Moralist; die Übersetzung seines Wesens ins speziell Irische stellt beispielsweise der weit schärfere G.B. Shaw dar.

Wenn Galsworthy Kritik übte an der englischen Gesellschaft der oberen Zehntausend, der er eigentlich entstammte, so verklärte er dieses Ziel seiner epischen und dramatischen Predigten stets noch mit dem milden Schein einer gewissen Hassliebe. Er war nicht schonungslos, nicht bitter und verletzend - aber eben doch deutlich genug, um klar verstanden zu werden. In seinem epischen Hauptwerk, der "Forsyte-Saga", der Geschichte der englischen, hochgesellschaftlichen Familie Forsyte, malte er mit liebender Ironie Glanz und Verblässen des bisher so geschlossenen Bildes der englischen Oberschicht, indem er das Schicksal jener Familie durch vier Generationen hindurch verfolgte. So erlebt man in diesem dreibändigen Werk, das auch in Deutschland enorm gelesen wurde, im dichterischen Spiegel ein Stück englischer Kulturgeschichte von den Tagen der Königin Victoria bis zur unmajestätischen Gegenwart. Das Werk kommt zu seinem Höhepunkt, wie ein junges Mitglied der Familie Forsyte, eine Frau, "rebellisch" wird, in Lebensgefilde ausserhalb ihres aristokratischen Standesbezirks vordringen will und von einer schmerzlichen Ahnung der wirtschaftlichen und geistigen Disharmonien der Zeit befallen wird, woraufhin ihr das altenglische Axiom entgegen geschleudert wird: "Ein Brite, der das Wort Pessimismus in den Mund nimmt, ist ein schlechter Patriot!"

In seinen, auch in Deutschland viel gespielten Dramen "Justiz", "Gesellschaft", "Fenster" und "Sensation" wurde Galsworthy noch deutlicher. Hier fanden seine ethischen Formulierungen, die in seinem epischen Werk dem Leser gewissermassen in milder, dichterischer Verklärung dargeboten werden, in Rede und Gegenrede präzisen Ausdruck. So sind "Justiz" und "Gesellschaft" absolute Tendenzstücke, "Zeitstücke": "Justiz" übt harte Kritik an den heuchlerischen Gepflogenheiten der herrschenden kapitalistischen Klasse; "Gesellschaft", das in Berlin in einer hervorragenden Max Reinhardt-Inszenierung zur Aufführung kam, bedeutet eine Achtung des von Galsworthy in England wahrge-

nommenen Feudal=Antisemitismus.

Die Stimme des stets für alles Wahre und Gute eintretenden Engländers wurde in der ganzen Welt gehört. So erklang sie - ihr Träger war sich seiner internationalen Geltung bewusst - konsequenterweise auch bisweilen bei politischen Anlässen, wenn es menschliche Anlässe waren: Galsworthy rief zur Aktion gegen die Notlage der hungernden Ruhrbergarbeiter im Jahre 1923 auf; nach dem englischen Generalstreik im Jahre 1926 setzte er sich für die Frauen und Kinder der englischen Grubenarbeiter ein; ebenso wenig fehlte er, wenn es galt, Zeugnis abzulegen für den Weltfrieden. Dass ihn Hugenburgs Berliner Nachtorgan noch jetzt nach seinem Tode beschimpft, beweist, dass er auf dem rechten Wege war.

Ego.

+ + +

Adolf sagt a... Die nationalsozialistische braunschweigische Regierung hat befohlen, dass der Leseunterricht in den Schulen nicht mehr mit der leicht lesbaren Antiquaschrift zu beginnen habe, sondern mit der deutschen Druckschrift - was zwar allen Kindern grosse Schwierigkeiten bereitet, aber zweifellos sehr patriotisch ist. Darüber hinaus sind braunschweigische Nazi-Lehrer unter der Anleitung eines nationalsozialistischen Hilfsreferenten im Unterrichtsministerium bemüht, an den Volksschulen Klaggestans eine von einem böhmischen Lehrerbildungsprofessor erfundene "deutsche Runenschrift" zu propagieren. Jener böhmische Professor, nicht nur ein Landsmann, sondern auch ein Anhänger Hitlers, hat sich in seinen stillen Stunden eine Reihe von altgermanischen Runenzeichen zurecht gelegt, durch die der "Entgiftung der altdeutschen Schrift durch welsche Zeichen" tatkräftig entgegengetreten werden soll. Zunächst bereitet der fleissige Böhme eine "Runenfibeln" vor. Sie fängt, wie viele Fibeln, mit dem Buchstaben a an. Der Mustersatz, an dem die Kinder lernen sollen, lautet: "Der Arzt lässt den im Halse erkrankten Adolf a sagen". Kinder, die sich schon weiter durchge-runt haben, dürfen zum Preise ihres Fleisses folgende schöne beziehungsreiche Geschichte lesen: "Ich kenne einen kleinen Jungen, der war so alt wie ihr und hiess Nazi. Eines Tages sah Nazi ein Vogelnest auf einem Baume. Er kletterte den Stamm hinauf und setzte sich auf einen Ast... Da prasselte es, und braaz, brach der Ast, auf dem der Nazi sass, und Nazi fiel herunter... Deshalb weinte er laut: nnnn. Macht es nur dem Nazi ja nicht nach und steigt nicht auf den Bäumen herum!"

+ + +

Nazikrawall. Mitglieder des Berliner "Nationalsozialistischen Studentenbundes" liessen sich am Dienstag schwere Ausschreitungen zu schulden kommen. Im Anschluss an eine mit hetzerischen Reden ausgefüllte Protestkundgebung "gegen Behördenwillkür", die sich speziell gegen den "berüchtigten Universitätsrichter Marcard" wandte, stürzten sich die Nazistudenten auf einige ihrer jüdischen Kommilitonen, verprügelten sie und zogen dann vor die Börse, um hier gegen die "Börsenjuden" zu demonstrieren.

+ + +

Die Grippe. Auch in Berlin breitet sich die Grippeepidemie immer weiter aus. Zahlreiche Schulen sind zur Bekämpfung der Ansteckungsgefahr geschlossen worden. Der Grippe-Krankenbestand der Berliner Ortskrankenkasse beläuft sich auf 19 000, der Zuwachs seit Sonnabend auf 792. Mehrere Fälle verliefen tödlich.

+ + +

Krach um "Krach". Bei der Elbinger Aufführung der Alfred Herzogschen kritischen Reichswehrkomödie "Krach um Leutnant Blumenthal", wirkten Elbin-ger Nationalsozialisten mit Stunkbomben, Hausschlüsseln und einer Prügelzene mit. Mehrere Personen wurden verletzt.

+ + +

Eine Gesundheitsbeterin. Die Strafkammer des Landgerichts I Berlin verurteilte in einem vom Reichsgericht angeordneten Berufungsverfahren die 62-jährige Frau Emma K. wegen fahrlässiger Tötung zu 6 Monaten Gefängnis. Die Angeklagte hat einen an schwerer Tuberkulose erkrankten Kraftwagenführer "gestig behandelt", d.h. "gesundgebetet". Die medizinischen Sachverständigen waren der Ansicht, der Kranke hätte auf normalem medizinischem Wege möglicherweise gerettet werden können.

Methode Schinderhannes. In Baredsheim (Harz) stahlen zwei Zigeuner einem Getreidehändler eine grössere Menge Roggen. Danach verkauften sie ihm die Frucht zu einem guten Preis.

SA=Brandstiftung. Das Schwurgericht Kassel verurteilte den 25jährigen SA-Mann Adolf Morell aus Kelze bei Kassel wegen Brandstiftung zu zwei Jahren Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust. Der Täter hat seine Werkstatt angezündet, um sich durch ihre Einäschung in den Besitz der Versicherungssumme zu setzen. Das Feuer breitete sich jedoch weiter aus, sodass ihm mehrere Wohnhäuser und Scheunen zum Opfer fielen. Morell versuchte vor Gericht vergeblich sein Alibi nachzuweisen.

Tod durch den Strang... Das polnische Standgericht in Posen verurteilte einen Einbrecher zum Tode durch den Strang. Der Einbrecher hatte auf einen Polizisten, der ihn während der Tat überraschte, geschossen.

Zeppelin=Pläne. Eckener traf auf seiner Studienreise zur Untersuchung der Möglichkeiten einer Zeppelinverbindung zwischen Holland und Niederländisch-Indien in Batavia ein. Er erklärte, dass sich nach seinen bisherigen Feststellungen nur das Gebiet des Roten Meeres für die geplante Luftschiffverbindung als schwierig erwiesen habe. Trotzdem war er der Meinung, dass in etwa anderthalb Jahren eine 14-tägige Luftschiffverbindung Europa=Niederländisch-Indien durchführbar sei. Die jeweilige Dauer einer Fahrt veranschlagt Dr. Eckener auf 4½ bis 5 Tagen.

12 Amokopfer! In Bakon Sumatra drang ein Amokläufer zu nächtlicher Stunde in mehrere Wohnungen ein und brachte 12 Personen, unter ihnen 7 Kinder, mit einem langem Sichelmesser um; zwei Personen wurden schwer verletzt. Der Irrsinnige konnte nur mit grosser Mühe überwältigt und gefesselt werden.

Der Absatz... Auf einem Bahnübergang der Strecke Wuppertal-Kronenberg blieb eine Frau beim Herannahen eines Zuges mit dem Absatz in den Schienen der Eisenbahn hängen. Der Unglücklichen wurden beide Beine abgefahren; ausserdem erlitt sie erhebliche Kopfverletzungen.

20 000 Mark gestohlen! Einbrecher drangen in die Büroräume einer Berliner Zigarettenfirma ein, schweissten einen grossen Geldschrank auf und entwendeten über 20 000 Mark Bargeld. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Ein Wagner=Film. Das Wagner=Jahr 1933 kündigt sich ähnlich an wie das Goethe=Jahr 1932. Schon begannen die Vorbereitungen zu einem Film, der das Leben des Komponisten zum Gegenstand hat.



Kaltblütigkeit und Zuversicht.

Die Stimme der Gewerkschaften.

SPD. Der Bundesausschuss des ADGB nahm am Dienstag zur neuen politischen Lage Stellung. Die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften hatten sich am Sonnabend und Montag wiederholt bemüht, beim Reichspräsidenten vorstellig zu werden, um im Sinne ihrer in diesen Tagen veröffentlichten Erklärungen auf ihn einzuwirken. Leider vergeblich, da der Reichspräsident nicht in der Lage war, die Vertreter der Gewerkschaften zu empfangen.

Leipart erinnerte an den Briefwechsel des Reichspräsidenten mit Hitler vor wenigen Monaten. Im November lehnte Hindenburg es ab, Hitler ein Präsidialkabinett anzuvertrauen. Er stellte ihm vielmehr damals strengere Bedingungen als jemals einem früheren Kanzlerkandidaten. Er verlangte von ihm, dass er seine parlamentarische Mehrheit nachweise, wenn er auf die Kanzlerschaft Anspruch erhebe. Jetzt war hiervon keine Rede mehr. Hitler hat damals erklärt, er halte es für notwendig, dass der deutsche Kanzler in dieser Zeit die Aufgabe habe, für eine zeitlich fixierte und materiell begrenzte Aufgabe sich eine Ermächtigung vom Parlament zu verschaffen. Bekanntlich ist schon gestern von dem Gedanken an ein solches Ermächtigungsgesetz geredet worden.

Was von dieser Regierung sozialpolitisch zu erwarten ist, zeigt das Verhalten des Reichsarbeitsministers, zeigen die sachlichen Umgruppierungen im Reichsarbeitsministerium und im neugebildeten Krisen-Ministerium. Auch die Haltung gegenüber einer Persönlichkeit wie dem Staatssekretär Grieser, lässt die innere Einstellung des neuen Arbeitsministers klar erkennen.

Die Einordnung der Tarifabteilung in das Krisenministerium Hugenburgs lässt keinen Zweifel, wohin der Kurs geht. Keine staatliche Lohnpolitik, vielleicht auch keine Schlichtung mehr, selbst nicht in dem jetzt schon entarteten Sinne! Auf anderen Gebieten des Tarifrechts wird die gewerkschaftsfeindliche Haltung des neuen Mannes bald genug hervortreten.

Die Arbeiterschaft wird mehr als je auf ihre eigene Kraft angewiesen sein. Es bedarf keiner Hervorhebung, dass die Gewerkschaften zu dieser Regierung in Opposition stehen. Das kann und wird sie nicht hindern, die Interessen der Arbeiterschaft auch gegenüber dieser Regierung zu vertreten. Die Gewerkschaften werden die Ansprüche der Arbeiter auf Gleichberechtigung in Staat und Wirtschaft mit genau der gleichen Entschiedenheit weiterverfechten wie seit her. Organisation - nicht Demonstration: das ist die Parole der Stunde. Die Gewerkschaften haben Jahrzehnte hindurch in diesem Geiste gehandelt. Sie werden dieser Losung durch verstärkte Werbetätigkeit auch in der kommenden Zeit treu bleiben.

Grassmann ergänzte den Bericht Leiparts durch Ausführungen über die verschiedenen Möglichkeiten der politischen Entwicklung. Alles kommt auf die Geschlossenheit der Organisationen, auf die Erhaltung und den Ausbau einer einheitlichen Front der Arbeiterschaft in ihren Gewerkschaften an. Dieser Gedanke ist auch bestimmend für die Haltung der Gewerkschaften gegenüber jeder Partei, die sich etwa das Recht zur Führung gewerkschaftlicher Aktionen anmassen sollte.

Die Aussprache ergab in eindruckvollster Weise die einmütige Übereinstimmung

mung aller Verbandsvertreter mit der Haltung, die der Bundesvorstand in diesen entscheidungsschweren Tagen eingenommen hat. Es verstehe sich von selbst, dass die Zusammensetzung dieser Regierung zu stärksten Bedenken Anlass gibt. Die Gewerkschaften werden im einzelnen Falle ihre Haltung zu dieser Regierung von ihren Taten abhängig machen. Sie stehen bereit, wenn nötig, jeden Tag, neue Entscheidungen zu treffen. Die Haltung der gewerkschaftlichen Führung kann und darf sich aber nicht von gefühlsmässigen Gesichtspunkten bestimmen lassen. Dass die deutsche Arbeiterschaft, soweit sie den Geist der deutschen Arbeiterbewegung in sich aufgenommen hat und gewerkschaftlich geschult ist, sich gegen diese sozialreaktionäre Regierung am liebsten in unmittelbarer Aktion zur Wehr setzen würde, ist menschlich begreiflich, aber sachlich falsch. Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass die Gewerkschaften die Interessen der deutschen Arbeiterschaft schädigen würden, wenn sie diesen Impulsen nachgeben würden. Die Ruhe und die Zuversicht, die für die Verhandlungen des Bundesausschusses kennzeichnend war, kommt nicht von ungefähr, sie stammt aus der genauen Kenntnis der reichen Widerstandskräfte der deutschen Arbeiterschaft, die in ihrer jahrzehntelangen Geschichte schon manchen Gegner kommen und gehen sah, von dem die Sage ging, dass er die Arbeiterbewegung endgültig vernichten werde. Dieses Bewusstsein der Kraft, das keiner grossen Geste bedarf und der Disziplin der Arbeiterschaft sicher ist, ist die feste Grundlage der ruhigen Haltung der gewerkschaftlichen Führung in den letzten Tagen.

Leipart fasste die Aussprache zusammen. Die gegenwärtige Regierung mag in rücksichtsloser Ausnutzung von Machtverhältnissen, die gegenwärtig für sie günstig zu liegen scheinen - eine tariflose Zeit, vielleicht gar einen weiteren Abbau der Löhne durchsetzen, sie mag aus der Rumpelkammer veralteter Vorstellungen reaktionärer Pläne heraufholen und Einrichtungen schaffen, die den bestehenden Rechten und dem Freiheitswillen der deutschen Arbeiterschaft widersprechen - die deutsche Arbeiterschaft weiss nicht nur aus der Erfahrung der letzten Jahre, sondern aus ihrer ganzen Geschichte, dass auf eine lange Periode sozialen Aufstiegs auch einmal ein Rückschlag, ja vorübergehende Erfolge bewussten Rückschritts folgen können. Diese Erfahrung wird den Glauben an die Macht und die Zukunft der gewerkschaftlichen Organisation in ihren Anhängern nicht ertöten, dieser Glaube wird auch diejenigen wieder ergreifen und zu ihren Fahnen führen, die heute die wirtschaftliche Not unserer Organisationen entfremdet hat. Keine deutsche Regierung wird die deutsche Arbeiterschaft und ihre Organisationen überwältigen können, weil sie ihren Geist nicht unterdrücken kann. Es wird auch dieser Regierung nicht gelingen

SPD. Die Zahl der Unfälle in der Landwirtschaft ist etwas zurückgegangen. Im Jahre 1931 wurden insgesamt von den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften 73 483 Verletzte erstmalig entschädigt.

73 483 Verletzte in einem Jahr! Noch schlimmer genug. Dringend notwendig ist vor allem der Ausbau der Betriebskontrolle. Die Zahl der technischen Aufsichtsbeamten muss beträchtlich erhöht werden; sie wird zur Zeit den Verhältnissen nicht im entferntesten gerecht. Es gibt Tausende von landwirtschaftlichen Betrieben, die seit Jahr und Tag nicht auf die Einhaltung der Unfallverhütungsvorschriften hin kontrolliert werden. Hier sparen, ist sparen an der verkehrten Stelle.

SPD. Der Zechenverband hat der Manteltarif und die Lohnordnung des Ruhrbergbaues zum 31. März gekündigt.

Die Kündigung erfolgte an dem gleichen Tage, an dem in Berlin die Hitler-Regierung gebildet wurde. Am vergangenen Freitag hat bereits eine Konferenz der Ruhrzechenherren zur Frage der Tarifkündigung Stellung genommen. In dieser Konferenz wurde jedoch ein Kündigungsbeschluss noch nicht gefasst. Wahrscheinlich wollte man den Verlauf der Regierungskrise abwarten. Nachdem nun Hitler Regierungschef geworden ist, halten die Zechenherren den Zeitpunkt für gekommen auf tarifpolitischem Gebiet einen neuen Vorstoss zu wagen. Sie erwarten sicherlich, dass die Hitlerregierung ihren Verschlechterungsplänen mehr Rechnung trägt als die bisherigen Regierungen. Warum auch nicht? Schliesslich müssen die Millionen, die das Grosskapital zur Hochstüchtung der nationalsozialistischen Bewegung verwandt hat, doch irgendwie Früchte tragen.

Sehr bezeichnend für das Vorgehen des Zechenverbandes ist, dass man Manteltarif und Lohnordnung zu gleicher Zeit gekündigt hat, obwohl die Kündigungsfrist für beide Teile verschieden ist. Um die Lohnordnung zum 31. März zu lösen, brauchte die Kündigung des Lohntarifs erst in vier Wochen ausgesprochen zu werden. Wenn die Unternehmer trotzdem schon jetzt diesen Schritt unternommen haben, dann zeigt das deutlich, dass sie einen tarifpolitischen Grossangriff planen. Die Aufrollung dieses Tarifstreites ist nur zu verstehen in Verbindung mit der politischen Entwicklung. Im letzten Jahre hatte der Zechenverband den Lohnarif zweimal gekündigt und zwecks Auflockerung des Tarifs eine generelle Herabsetzung der Tariflöhne um 12% gefordert. In beiden Fällen konnten aber die Verschlechterungspläne abgewehrt werden. Mit Hilfe der Hitler-Regierung soll nun das Versäumte nachgeholt werden.

Der Vorstoss des Zechenverbandes hat nicht nur in Bergarbeiterkreisen, sondern bei der gesamten Ruhrbevölkerung die stärkste Empörung ausgelöst. Das Bergarbeitereinkommen im Ruhrgebiet ist nämlich seit 1929 pro 3. Quartal von 241 Millionen auf 82,5 Millionen zurückgegangen. Infolge dieser Schrumpfung des Bergarbeitergesamteinkommens um nahezu Zweidrittel ist heute das Ruhrkohlengebiet weitgehend verarmt. Die Not in den Bergarbeiterfamilien ist ungeheuer gross. Auch die Geschäftswelt und der gesamte Mittelstand befinden sich infolge des gesunkenen Bergarbeitereinkommens in einer sehr misslichen Lage. Neuer Lohnabbau würde eine weitere Verschlechterung der bergmännischen Kaufkraft bedeuten und das Wirtschaftselend im grössten Kohlenrevier ins Unermessliche steigern. Auf die Haltung, die das Hitlerkabinett zu dem Ruhrlohnkonflikt einnehmen wird, sind wir wirklich gespannt.

SPD. Der Bundesausschuss des Allgemeinen Deutschen Beamtensbundes nahm am Dienstag zu den durch die Umbildung der Regierung der Beamtenschaft drohenden Gefahren Stellung. Es bestand volle Einmütigkeit darüber, dass die schweren Aufgaben, vor die der Ernst der gegenwärtigen Lage den ADB stellt, engste Gemeinschaft mit den dem ADB befreundeten Organisationen erfordern. Entsprechend seiner stets eingenommenen Haltung sei für den ADB die Sicherung und Erhaltung der verfassungsmässigen Grundlagen unseres Staatslebens und damit auch des Beamtenverhältnisses nach wie vor oberstes Ziel. Mittelpunkt der Arbeit des ADB werde auch in Zukunft die Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der Beamten als Arbeitnehmer und Verbraucher sein.

Der Bundesausschuss richtete einen eindringlichen Appell an alle ADB-Mitglieder, noch fester und entschlossener zu ihrer Organisation zu stehen, sich nicht zu Unbesonnenheiten hinreissen zu lassen, sondern in allen gewerkschaftlichen Fragen nur den Weisungen des ADB und seiner Verbände zu folgen



Hitler=Börse.

Theorie und Praxis der Hitlerschen Finanzheillehre.

SPD. Die Berliner Börse hat sich am Dienstag mit Adolf Hitler und seinem Kabinett auseinandergesetzt.

Am Montag, als die Nachricht von der Reichskanzlerschaft Hitlers bekannt wurde, lag die Börse unfreundlich und unsicher. Am Dienstag sind die Kurse der gross- und schwerindustriellen Gesellschaften stark angestiegen. Auch die Berliner Wertpapierbörse stand, dem Beispiel der Getreidebörse folgend, am Dienstag im Zeichen der Hausse. Das mag mit der Beurteilung der politischen und wirtschaftspolitischen Lage durch die grossen Wirtschafts- und Unternehmerverbände zusammenhängen. Am Montag hatte man in diesen Verbänden die Vereinigung des Reichslandwirtschaftsministeriums und des Reichswirtschaftsministeriums in der Hand des Herrn Hugenberg arg kritisiert. Vor allen Dingen befürchtete man daraus üble Rückschläge für die deutsche Exportpolitik. Ueber Nacht ist man irgendwie zu der Meinung gekommen, dass man auch bei Hitler und Hugenberg alles nicht so heiss isst, wie man es kocht, und dass es zweckmässig sei, erst einmal Programm und Taten der Regierung abzuwarten. Allem Anschein nach ist man über Nacht bereits weit ins Kuhhandeln gekommen. Darauf deutet auch die Demonstration der Regierung an der Berliner Wertpapierbörse hin.

Vorher fand noch eine andere Demonstration statt, die so recht den Unterschied zwischen Theorie und Praxis in der nationalsozialistischen Bewegung zeigt. Etwa 400 bis 500 SA-Leute, die wohl die von Hitler versprochene Ent-eignung der Börsenfürsten beaugenscheinigen wollten, hatten sich vor dem Eingang zur Berliner Börse postiert, sangen zu ihrer eigenen Unterhaltung das Horst Wessel-Lied, versicherten jedem, der Zeit dafür hatte, es zu hören, dass sie Deutsche bleiben wollten, und belästigten schliesslich einige armselige Makler, die an der Börse ihr kärgliches Brot finden und denen es auf jeden Fall nicht besser geht als anderen niedrig bezahlten Angestellten. Die Polizei liess die SA-Leute ruhig gewähren. Nachdem sie sich ausgetobt hatten, marschierten sie davon, an dem mächtigen Bankpalast vorbei, in dem jener Generaldirektor Reinhart residiert, der den Nazis sehr nahesteht. Klägliches Schauspiel! Einstmals haben diese Leute davon geredet, dass sie Börsen- und Bankenfürsten enteignen würden. Lang ist es her!

Vielleicht - an der heutigen Börse ist alles möglich - trug diese eigenartige Demonstration der Nazis dazu bei, dass die gross- und schwerindustriellen Kurse stark anzogen. Farbentrust verbesserte sich, immer von Montag zu Dienstag gegen Schluss der Börse, von 103 auf 107,5, Siemens von 127 auf 129,5, Gelsenkirchen von 58 $\frac{1}{2}$ auf 63 $\frac{1}{2}$ und RWE von 89 $\frac{1}{2}$ auf 93 $\frac{1}{2}$. Das schlechteste Papier am Markt war wohl die AEG., deren Kurs mit 29 nach 31 wieder auf den vorigen Tiefstand absackte. Während die Industrieaktien haussierten, waren Rentenwerte angeboten. Es gingen nach langer Zeit auch wieder einmal Inflationsparolen um, bis eine bestimmt formulierte amtliche Erklärung der Regierung bekannt wurde, wonach sie jedes Experiment mit Währung und Wirtschaft ablehnt. Die Erklärung spricht sich auch gegen eine neue Zwangszinskonversion

aus und betont, dass für die Besitzer festverzinslicher Anleihen keine Ursache zu irgendeiner Beunruhigung vorhanden ist. Diese Erklärung der Hitler-Regierung, die der Reize nicht entbehrt, ist in den letzten Jahren so ziemlich von jeder Regierung abgegeben worden. Auf Grund dieser Erklärung gestaltete sich der Markt für festverzinsliche Papiere freundlicher. Allerdings hätte man, aber nur ganz privat und nicht amtlich, dass die Regierung an die Senkung des Diskontsatzes denke. Die Entscheidung darüber liegt aber nicht bei der Regierung Hitler, sondern beim Reichsbankpräsidenten Luther.

Wie gross ist doch die Kluft zwischen Worten und Taten, zwischen gestern und heute. Als die Nazis auszogen, in ihrer Maienjugendträume, predigten sie die Enteignung der Börsen- und Bankfürsten, die Verstaatlichung der Banken, kündigten sie das Verbot jeglicher Spekulation an. Damals proklamierten sie die Brechung der Zinsknechtschaft. Wie zahn sind sie heute. Ihre Ratgeber sind Existenzen, die aus dem Lager der Banken- und Börsenfürsten kommen, die den Verkehr zwischen den Naziführern und den Banken- und Börsenfürsten aufrecht erhalten. Kein Wort hört man mehr von der Enteignung der Bankenbarone. Heute spricht man nicht mehr von dem Verbot der Börsenspekulation. Heute erlässt man abgegriffene Erklärungen, aus dem Zitatenschatz der "feinen Leute", damit keine Unruhe in das Börsengeschäft getragen wird. Heute heisst die Spekulation auch nicht Spekulation, sondern Geschäft an der Börse. Und die Regierung Hitler verweist in einer amtlichen Erklärung darauf, dass mit Experimenten Währung und Wirtschaft dieses Börsengeschäft unter keinen Umständen gestört werden darf. Noch ruhiger ist es um die Brechung der Zinsknechtschaft. Wie hat man hier einst getobt und was hat man hier einst versprochen. Heute versichert die Regierung Hitler, die "Nutzniesser der Zinsknechtschaft" hätten keinerlei Ursache zur Beunruhigung.

Schlimmer sind die Taten einer Regierung noch nie gegenüber ihren Worten abgefallen. Die 500 SA-Leute, die sich zum Gaudium der Zuschauer am Dienstag vor dem Börsengebäude mopsten, müssen sich, wenn es noch dazu reicht, seltsame Gedanken über diesen Kontrast zwischen Worten und Taten ihres Führers gemacht haben.

SPD. Die Hirsch Kupfer- und Messingwerke A.G., einer der grössten Kupferkonzerne in Deutschland, erhält einen neuen Grossaktionär und zwar wird die British South Africa Co., die grosse Erzunternehmungen betreibt, ein Aktienpaket der deutschen Gesellschaft übernehmen. Der Hirsch Kupfer-Konzern hat bereits Fühlung mit der belgisch-englischen Katangagesellschaft und dem britischen Chemietrust.

Der neue Grossaktionär bei Hirsch Kupfer ist bezeichnend für die Auseinandersetzungen zwischen der englischen und nordamerikanischen Kupferpolitik. England hat durch seine Metallgesellschaft in Nordafrika (Katanga und Rhodesien) eine grosse Kupferproduktion entwickelt, mit einer offenen Spitze gegen die nordamerikanische Kupferwirtschaft und gegen das von den Nordamerikanern beherrschte internationale Kupferkartell, das im Verlauf der englisch-nordamerikanischen Auseinandersetzungen auch in die Brüche ging. Den Engländern war von jeher viel daran gelegen, gute Absatzgebiete für ihr afrikanisches Kupfer zu finden. Aus dieser Tendenz heraus versteht sich die Fühlungnahme der Engländer mit deutschen Kupferkonzernen, so mit Hirsch Kupfer. Zwischen Katanga und Hirsch Kupfer bestehen seit langer Zeit Beziehungen. Neu sind die Verbindungen über die British South Africa Co. mit den rhodesischen Kupfergruben. Wie es heisst, soll Hirsch Kupfer mit den Vereinigten Deutschen Metallwerken eine Kupferkaufgemeinschaft bilden.

SPD. In der deutschen Kaliwirtschaft hat sich eine recht interessante Veränderung vollzogen, die u.a. auch einen Einblick in die Verheerungen durch die Fehlinvestitionen und Ueberspekulationen während der Konjunkturjahre gibt. Der Burbachkonzern-Magdeburg, der bisher an zweiter Stelle unter den deutschen Kalikonzernen stand, musste seine badischen Werke (Gewerkschaft Baden und Markgräfler) an die Preussag (Preussische Bergwerks- und Hütten A.G.) verkaufen. Als Kaufsumme nennt man 12,5 Millionen Mark. Durch diesen Verkauf rutscht der Burbachkonzern nach dem Wintershall- und dem Salzdethfurthkonzern in der Grössenordnung an die dritte Stelle und steht ungefähr mit der staatlichen Preussag gleich.

Das Kaufobjekt macht ungefähr eine Beteiligung von vierzig Tausendstel am deutschen Kalisyndikat aus. Im vorigen Jahr wurde das Tausendstel noch mit dreiviertel bis einer Million bezahlt. Die Preussag hat also die badischen Werke äusserst billig erworben. Das war nur möglich, weil der Burbachkonzern unbedingt Geldmittel gebraucht. Der Konzern hat sich unter seinem Generaldirektor Dr. Korte, der heute wohl zu alt ist, um die Dinge noch zu meistern, übernommen. Die Bildung des Konzerns war mit der Aufnahme von äusserst hohen kurzfristigen Schulden verbunden. Ausserdem kam es zwischen dem Burbachkonzern bzw. Korte und dem Wintershallkonzern und dessen Leiter August Rosterg zu einem erbitterten Kampf, der zuguterletzt um die Möglichkeit ging, das Kalisyndikat zu beherrschen und gewissermassen einen Kalitrust zu bilden. Dabei ging sowohl Korte als auch Rosterg der Atem aus. Aber Burbach verlor den Atem eher als Wintershall. Das Syndikat sprang dem Burbachkonzern dann mit einer Anleihe von 10 Millionen bei, die aber zurückgezahlt werden musste, als Rosterg dagegen protestierte bzw. ähnliche Anleihen verlangte. Unter diesen Umständen sah sich Burbach gezwungen, seinen wertvollen badischen Besitz zu verkaufen. Bewerber waren wohl auch Wintershall und der Salzdethfurthkonzern. Allerdings kam von diesen beiden Konzernen nur Salzdethfurth als guter Zahler in Frage. Die Preussag hat jedoch Salzdethfurth den Rang abgelaufen. Wie die Preussag die Kaufsumme aufbringen will, ist bis jetzt nicht bekannt geworden. Wahrscheinlich wird hier der preussische Staat einspringen müssen.

SPD. Das Statistische Reichsamt teilt mit: "Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und sonstiger Bedarf) ist im Durchschnitt des Monats Januar 1933 um 0,8 v.H. auf 117,4 (gegenüber 118,4 im Vormonat) zurückgegangen. Es haben nachgegeben die Indexziffern für Ernährung um 1,6 v.H. auf 107,3, Bekleidung um 0,3 v.H. auf 112,1, sonstiger Bedarf um 0,3 v.H. auf 162,7. Die Indexziffer für Wohnung ist mit 121,4 unverändert, die Indexziffer für Heizung und Beleuchtung mit 136,7 nahezu unverändert geblieben. Innerhalb der Gruppe Ernährung sind hauptsächlich die Preise für Butter, Fleisch und Brot zurückgegangen."

SPD. Nach einer Meldung aus New-York haben sich die Versicherungsgesellschaften in dem agrarischen Bundesstaat Iowa entschlossen, den Farmern ein Moratorium zu gewähren. Danach werden sämtliche Zwangsvollstreckungen, soweit sie von Bankseite eingeleitet worden sind, eingestellt.

Zweifellos haben die Versicherungsgesellschaften sich durch die äusserst bedrohliche Stimmung in den Kreisen der Farmer zu diesem Schritt drängen lassen. Man erwartet, dass auch die übrigen Agrarstaaten zu ähnlichen Massnahmen übergehen werden.

Mehlpreise steigen.

(Berliner Getreidebörse vom 31. Jan.)

SPD. Am Dienstag konnten sowohl die Preise für Weizen= als auch für Roggenmehl anziehen. Die Steigerung hielt sich jedoch in Grenzen und entspricht bei weitem nicht der Steigerung der Getreidepreise während der letzten Tage. Die Kaufkraft der Bevölkerung ist derart abgedrosselt und das Mehlgeschäft liegt seit Monaten derart schlecht, dass die Mehlpreise den Sprung der Getreidepreise nicht nachholen konnten. Auch bei den am Dienstag erhöhten Preisen zeigte sich, dass ein grösserer Umsatz unmöglich war. Im übrigen entpuppte sich die Hausse von Montag als eine Erscheinung, die lediglich auf die überschwenglichen Hoffnungen grossagrarischer Kreise auf ein Kabinett Hitler zurückzuführen ist. Am Montag wurde noch nachbörslich zu den höchsten Preisen Material aufgenommen. Die Dienstag-Börse fand bereits eine ganz andere Situation vor. Wohl konnten Roggen und Weizen am Promptmarkt den Preis erhöhen; am Lieferungsmarkt mussten jedoch die Stützungsstellen eingreifen, um die Haussegewinne zu halten.

	30. Jan. (ab märkische Station)	31. Jan. in Mark)
Weizen	183 - 185	184 - 186
Roggen	151 - 153	152 - 154
Braugerste	165 - 175	165 - 175
Futter- und Industriergerste	158 - 164	158 - 164
Hafer	111 - 114	112 - 115
Weizenmehl	22,50 - 25,60	22,75 - 25,75
Roggenmehl	19,50 - 21,50	19,70 - 21,75
Weizenkleie	8,15 - 8,65	8,10 - 8,50
Roggenkleie	8,70 - 9,00	8,70 - 9,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 202½ - 202 (203), Mai 204½ - 203½ (204½). Roggen Mai 166½ (165¾), Hafer März 124 - 124 Brief, Mai 127½ - 126½ (126½).

Berliner Viehmarkt.

(31. Januar)

SPD. Auf dem Kälber- und Hammelmarkt zogen die Preise an, da die Zufuhren gering ausgefallen waren. Dagegen genügte auf dem Rindermarkt der Auftrieb. An Schweinen waren über 12 300 Tiere aufgetrieben. Bei nachgebenden Preisen verlief der Handel ruhig.

Notierungen. Schweine: a) über 300 Pfund - (35-36), b) 240 - 300 Pfd. 34 - 35 (35-36), c) 200-240 Pfd. 33-35 (34-36), d) 160-200 Pfd. 31-33 (33-34) e) 120 - 160 Pfd. 28-31 (30-32), Sauen 30-33 (32-34). Schafe: a) 32-33 (32-33), b) 30-32 (29-31), c) 27-29 (26-28), d) 17-25 (16-25). Kälber: b) 33-40 (32-38), c) 25-33 (24-32), d) 18-24 (17-22). Kühe: a) - (23-25), b) 18-20 (18-21), c) 15-17 (16-17), d) 10-14 (11-15).

SPD. Berliner Butterpreise. Die Berliner Notierungskommission bezeichnete die Tendenz wieder als stetig und setzte die Preise - Fracht und Gebinde - gehen zu Käufers Lasten - für den Zentner unverändert wie folgt fest: I. Qualität 92 RM, II. 85 RM, abfallende Ware 78 RM.

Mehlpreise steigen.

(Berliner Getreidebörse vom 31. Jan.)

SPD. Am Dienstag konnten sowohl die Preise für Weizen= als auch für Roggenmehl anziehen. Die Steigerung hielt sich jedoch in Grenzen und entspricht bei weitem nicht der Steigerung der Getreidepreise während der letzten Tage. Die Kaufkraft der Bevölkerung ist derart abgedrosselt und das Mehlgeschäft liegt seit Monaten derart schlecht, dass die Mehlpriese den Sprung der Getreidepreise nicht nachholen konnten. Auch bei den am Dienstag erhöhten Preisen zeigte sich, dass ein grösserer Umsatz unmöglich war. Im übrigen entpuppte sich die Hausse von Montag als eine Erscheinung, die lediglich auf die überschwenglichen Hoffnungen grossagrarischer Kreise auf ein Kabinett Hitler zurückzuführen ist. Am Montag wurde noch nachbörslich zu den höchsten Preisen Material aufgenommen. Die Dienstag-Börse fand bereits eine ganz andere Situation vor. Wohl konnten Roggen und Weizen am Promptmarkt den Preis erhöhen; am Lieferungsmarkt mussten jedoch die Stützungsstellen eingreifen, um die Haussegewinne zu halten.

	30. Jan. (ab märkische Station)	31. Jan. in Mark)
Weizen	183 - 185	184 - 186
Roggen	151 - 153	152 - 154
Braugerste	165 - 175	165 - 175
Futter- und Industrieroggen	158 - 164	158 - 164
Hafer	111 - 114	112 - 115
Weizenmehl	22,50 - 25,60	22,75 - 25,75
Roggenmehl	19,50 - 21,50	19,70 - 21,75
Weizenkleie	8,15 - 8,65	8,10 - 8,50
Roggenkleie	8,70 - 9,00	8,70 - 9,00
Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 202½ - 202 (203), Mai 204½ - 203½ (204½). Roggen Mai 166½ (165¾), Hafer März 124 - 124 Brief, Mai 127½ - 126½ (126½).		

Berliner Viehmarkt.

(31. Januar)

SPD. Auf dem Kälber- und Hammelmarkt zogen die Preise an, da die Zufuhren gering ausgefallen waren. Dagegen genügte auf dem Rindermarkt der Auftrieb. An Schweinen waren über 12 300 Tiere aufgetrieben. Bei nachgehenden Preisen verlief der Handel ruhig.

Notierungen. Schweine: a) über 300 Pfund - (35-36), b) 240 - 300 Pfd. 34 - 35 (35-36), c) 200-240 Pfd. 33-35 (34-36), d) 160-200 Pfd. 31-33 (33-34), e) 120 - 160 Pfd. 28-31 (30-32), Sauen 30-33 (32-34). Schafe: a) 32-33 (32-33), b) 30-32 (29-31), c) 27-29 (26-28), d) 17-25 (16-25). Kälber: b) 33-40 (32-38), c) 25-33 (24-32), d) 18-24 (17-22). Kühe: a) - (23-25), b) 18-20 (18-21), c) 15-17 (16-17), d) 10-14 (11-15).

SPD. Berliner Butterpreise. Die Berliner Notierungskommission bezeichnete die Tendenz wieder als stetig und setzte die Preise - Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten - für den Zentner unverändert wie folgt fest: I. Qualität 92 RM, II. 85 RM, abfallende Ware 78 RM.

Rauhfutternotierungen.

Berlin, den 31. Januar.

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen)	 R#	0,50 - 0,65
" " Weizenstroh " "	 R#	0,40 - 0,50
" " Haferstroh " "	 R#	0,40 - 0,50
" " Gerstenstroh " "	 R#	0,40 - 0,50
Roggen=Langstroh, 2 mal mit Stroh gebündelt	 R#	0,70 - 0,95
Bindfadengepresstes Roggenstroh	 R#	0,50 - 0,70
" " Weizenstroh	 R#	0,40 - 0,50
Häcksel Tendenz: stetig	 R#	1,25 - 1,45
Handelsübliches Heu, gesund und trocken	 R#	1,10 - 1,30
Gutes Heu, gesund und trocken	 R#	1,80 - 2,10
Luzerne, lose	 R#	2,25 - 2,55
Thymothee, lose	 R#	2,30 - 2,60
Kleeheu, lose	 R#	2,20 - 2,50
Drahtgepresstes Heu	 R#	0,40 über Notiz.
Tendenz: stetig.		

14. Deutscher Saatenmarkt in Berlin.

SPD. Der Allgemeine Deutsche Saatenmarkt, der im Rahmen der Grünen Woche in Berlin stattfindet und durch den die deutsche Landwirtschaft mit Qualitätssaaten versorgt werden soll, hatte zwar einen guten Besuch aufzuweisen. Jedoch blieb es bei kleinem Geschäft. Die Landwirte hielten durchweg beim Einkauf zurück. Es mag sein, z.B. bei roten Runkeln, dass aus den Vorjahren noch ganz beträchtliche Bestände in den einzelnen Bezirken vorhanden sind. Andererseits ist die vorjährige Ernte - das trifft für Rotklee zu - so reich ausgefallen, dass man dieses Mal auf Zukauf verzichten zu können glaubte. Unter diesen Voraussetzungen hielten sich die Umsätze in Grenzen. Die Preise waren gedrückt.

Ueber die Preisentwicklung unterrichtet folgende Zusammenstellung: Rotklee 40 - 52, Weissklee 46 - 68, Gelbklee 34 - 39, Wundklee 45 - 58, Inkarnatklee 32 - 34, Schwedenklee 45 - 56, Thymothee 17 - 21, engl. Raygras 16 - 19, ital. Raygras 15 - 18, franz. Raygras 55 - 65, Essenrispengras 48 - 52, Wiesen= schwingel 22 - 24, Knautgras 12 - 18, Gelbsenf 12 - 17, brauner Buchweizen 11-12, silbergrauer 12 - 14, Viktoria-Erbse 10 - 10,25, kleine Speiseerbse 10,25, Lupinen, blaue 4 - 5, Serradella 9 - 12, grüne Erbsen 11 - 15, gelbe Lupinen 5,25 - 5,80.

SPD. Nach dem Bericht des rheinisch-westfälischen Kohlensyndikats ist die arbeitstägliche Absatzziffer vom 183 000 Tonnen im Monat Dezember auf 167 000 Tonnen im Monat Januar zurückgegangen. Der Absatz hat sich seit August 1932 gesteigert. Im November 1932 trat ein Stillstand ein, der jetzt in eine Senkung übergegangen ist.